



Energiewende bleibt bezahlbar. Erneuerbare Energien dürfen nicht abgewürgt werden

Energiewende bleibt bezahlbar. Erneuerbare Energien dürfen nicht abgewürgt werden
Berlin: "Die Bundesregierung lässt sich von einer aufgebauschten Kostendebatte treiben und alles was dem zuständigen Bundesumweltminister einfällt, ist das Ausbremsen der erneuerbaren Energien. Die EEG-Umlage ist nicht der einzige Grund, warum die Strompreise in den letzten Jahren gestiegen sind. Der Staat und die Energiekonzerne greifen vor allem den privaten Stromkunden in die Tasche. Hingegen erhalten Großverbraucher der Industrie Rabatte, die dann alle anderen schultern müssen", sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger zum Anstieg der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und zu Umweltminister Peter Altmaiers EEG-Reformvorschlägen. Weiger forderte Altmaier auf, von Quoten oder Mengenbegrenzungen für erneuerbare Energien Abstand zu nehmen. Das würde die Energiewende abwürgen. Zwar müsse die Förderung für erneuerbare Energien künftig überprüft werden, erhalten werden müsse jedoch deren Ausbaudynamik. "Es geht um das Zukunftsprojekt Energiewende, um eine Stromversorgung ohne gefährliche Atomkraftwerke und ohne klimaschädliche Kohlemeiler. Eine große Mehrheit will die Energiewende, die Kosten müssen fair verteilt und die Energiewende muss weiter beschleunigt werden", sagte der BUND-Vorsitzende. Die für 2013 erwartete Mehrbelastung sei auch für die meisten Privathaushalte verkraftbar. Selbst 2013 werde ein Durchschnittshaushalt lediglich rund 0,4 Prozent seines Budgets für erneuerbare Energien aufwenden. Inakzeptabel sei hingegen die soziale Schieflage. Weiger: "Die energieintensive Industrie zahlt ohnehin deutlich niedrigere Strompreise und wird vom Staat auch noch aus der gemeinsamen Finanzierung der Energiewende entlassen. Diese Ungerechtigkeiten müssen abgestellt werden." Der BUND-Vorsitzende forderte, die von inzwischen mehr als 2000 Unternehmen für 2013 beantragten Ermäßigungen bei den Strompreisen zu revidieren. Würden die Vergünstigungen für Unternehmen wegfallen, fiel die EEG-Umlage für Privatkunden, Handel und Gewerbetreibende um rund ein Fünftel geringer aus. "Warum werden bundeseigene Firmen wie die Energiewerke Nord oder der Deutsche Wetterdienst, die nach eigener Auskunft überhaupt nicht im internationalen Wettbewerb stehen, von der EEG-Umlage befreit? Warum bekommen Golfplatzbetreiber, Geflügelmastbetriebe, Supermärkte, Textilketten und andere Vergünstigungen bei den Strompreisen, die alle übrigen Endverbraucher mitbezahlen müssen?", fragte der BUND-Vorsitzende. Für die übrigen Stromkunden sei dies inakzeptabel. Bis zur Abschaffung der für Industriebetriebe gewährten ungerechtfertigten Ausnahmen von der EEG-Umlage könnten private Stromkunden höheren Stromkosten vor allem durch verstärktes Stromsparen begegnen, sagte Weiger. Ein BUND-Hintergrundpapier zu den Strompreisen und der EEG-Umlage finden Sie im Internet unter: http://bund.net/pdf/hintergrund_strompreise

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

presse@bund.net, www.bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

presse@bund.net, www.bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.